## **Deutscher Bundestag**

Drucksache 14/9599

**14. Wahlperiode** 26. 06. 2002

## Beschlussempfehlung

des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Übersicht 12 a\*)

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Bundestag wolle beschließen,

von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt zu den in der anliegenden Übersicht aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Rechtsausschuss

**Dr. Rupert Scholz** Vorsitzender

<sup>\*)</sup> Die auf Drucksache 14/68 erschienene Übersicht 12 enthält Verfassungsstreitsachen, die dem Deutschen Bundestag noch in der 13. Wahlperiode zugeleitet wurden, über die aber erst der 14. Deutsche Bundestag entschieden hat.

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
14/155	2 BvR 2048/01	Verfassungs- beschwerde	des Herrn K. H., Nürnberg,
			1. unmittelbar gegen den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 29. November 2001 – Ws 1109/01 –,
			2. mittelbar gegen § 67d StGB i. V. m. Artikel 1a Abs. 3 EGStGB in der Fassung des Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 160)
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinen Grundrechten aus Artikel 103 Abs. 2 GG, Artikel 3 Abs. 1 GG und Artikel 2 Abs. 2 i. V. m. Artikel 104 Abs. 2 Satz 1 GG durch die Neufassung des § 67d StGB, mit der die absolute Höchstdauer der Sicherungsverwahrung ohne Übergangsregelung für Altfälle abgeschafft wurde. Über diese den in Übersicht 11 a unter 14/141 bis 14/143, 14/146, 14/151 und 14/152 aufgeführten Parallelverfahren zugrunde liegende Problematik hinaus wirft der vorliegende Fall die Frage des Verhältnisses der unterschiedlichen Voraussetzungen und Anwendungsbereiche der Absätze 2 und 3 des § 67d StGB i. d. F. des Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 160) auf.
14/156	2 BvF 2/01	Antrag	Verfahren über den Antrag festzustellen, dass die §§ 366 f. und 313a des Sozialgesetzbuchs V (vom 20. Dezember 1988 BGBl. I S. 2477, zuletzt geändert am 27. Juli 2001 – BGBl. I S. 1946) wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz nichtig sind.
			Antragsteller:
			a) Landesregierung Baden-Württemberg
			b) Bayerische Staatsregierung
			c) Hessische Landesregierung
14/157	1 BvR 2181/01	Verfassungs- beschwerde	des Herrn Rechtsanwalt S. G., Zwickau,
			gegen
			a) den Beschluss des Landgerichts Coburg vom 8. November 2001 – 41 T 92/01 –,
			b) den Beschluss des Amtsgerichts Coburg vom 23. Oktober 2001 – 00-3398390-21- und -39-N –
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinem Grund- recht aus Artikel 3 GG durch den im Einigungsvertrag vorge- sehenen Abschlag in Höhe von 10 Prozent auf Gebühren nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte für Kanz- leien, die ihren Sitz in den neuen Bundesländern haben.

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
14/158	1 BvR 2153/01	Verfassungs- beschwerde	des Rechtsanwalts J. B., Cottbus,
			gegen den Beschluss des Amtsgerichts Cottbus vom 18. September 2001 – 89 Ls 103/00 –
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinem Grundrecht aus Artikel 3 GG durch den im Einigungsvertrag vorgesehenen Abschlag in Höhe von 10 Prozent auf Gebühren nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte für Kanzleien, die ihren Sitz in den neuen Bundesländern haben.
14/159	1 BvR 1724/01	Verfassungs- beschwerde	des Herrn S. AK., Bonn,
			gegen
			a) das Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom 30. August 2001 – 14 UF 119/01 –,
			b) das Urteil des Amtsgerichts Leverkusen vom 28. Februar 2001 – 30 (33) F 223/00 –
			und Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung des Rechtsanwalts P. A. A., Bonn,
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinem Grundrecht aus Artikel 6 Abs. 2 GG durch die Beschränkung der Anerkennung bzw. der gerichtlichen Feststellung der biologischen Vaterschaft auf die Fälle, in denen keine andere Vaterschaft besteht (§§ 1594 Abs. 2, 1600d Abs. 1 BGB) bzw. durch das Fehlen von Ausnahmetatbeständen von dieser Grundregel.
14/160	1 BvR 1086/01	Verfassungs- beschwerde	des Rechtsanwalts R. H., Lübeck,
			gegen
			a) den Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts in Schleswig vom 28. Mai 2001 – 12 Va 2/00 –,
			b) den Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts in Schleswig vom 19. Dezember 2000 – 12 Va 2/00 –
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinen Grundrechten aus Artikel 12 Abs. 1 und Artikel 3 Abs. 1 GG wegen seiner Nichtberücksichtigung als Insolvenzverwalter durch das zustän- dige Amtsgericht (Parallelverfahren 14/120 in Übersicht 9).
14/161	1 BvR 1232/00	Verfassungs- beschwerde	des Herrn H. O., Hannover,
			gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. April 2000 – BVerwG 11 C 12.99 (8 C 18.99) –
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinen Grundrechten aus Artikel 2, 11 und 12 GG durch die Erhebung der Zweitwohnungssteuer auch von Wohnungsinhabern, die eine Zweitwohnung ausschließlich aus beruflichen Gründen unterhalten und als Verheiratete der melderechtlichen Fiktion der Hauptwohnung des Familienverbandes unterliegen.

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Art	Gegenstand
14/162	2 BvL 3/02	Aussetzungs- beschluss	Verfassungsrechtliche Prüfung der Frage, ob die Besteuerung der Ertragsanteile (Erträge des Rentenrechts; § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes) von Bezügen aus Leibrenten, die Gegenleistung für den Erwerb eines Wirtschaftsguts des Privatvermögens sind, mit ihrem vollen Nennbetrag – ohne Berücksichtigung eines Sparer-Freibetrags – ungeachtet dessen mit dem allgemeinen Gleichheitssatz (Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes) vereinbar ist, dass es sich um pauschalierte Einkünfte aus Kapitalvermögen handelt.  – Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofs vom 14. November 2001 – X R 32-33/01 –
14/163	2 BvL 12/01	Aussetzungs- beschluss	Verfassungsrechtliche Prüfung, ob die ersatzlose Streichung von § 12 Abs. 2 Satz 4 des Umwandlungssteuergesetzes 1995 in der Fassung bis zur Änderung durch Artikel 3 Nr. 4 Buchstabe a des Gesetzes zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform vom 29. Oktober 1997 (BGBl. I 1997 S. 2590) gegen Artikel 20 Abs. 3, Artikel 76 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt
			<ul> <li>Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofs vom 18. Juli 2001 – I R 38/99 –</li> </ul>
14/164	2 BvR 164/02	Verfassungs-	des Herrn Dr. M. G., Celle,
		beschwerde	gegen Artikel 4 des niedersächsischen Haushaltsbegleitgesetzes vom 21. Dezember 2001 (GVBl. S. 806)
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinen Grundrechten aus Artikel 33, Artikel 2, Artikel 3 und Artikel 6 GG durch die Abschaffung der Beihilfefähigkeit von so genannten Wahlleistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung durch Artikel 4 des niedersächsischen Haushaltsbegleitgesetzes.
14/165	2 BvL 7/02	Aussetzungs- beschluss	Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Anlage III (Bundesbesoldungsordnung R) des Bundesbesoldungsgesetzes in der vom 1. Januar 1996 (BGBl. I S. 262) bis zum 31. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702) geltenden Fassung betreffend die Besoldung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts an einem Gericht mit 101 und mehr Richterplanstellen im Bezirk  – Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsge-
			richts Stuttgart vom 17. April 2002 – 7 K 1445/01 –
14/166	1 BvR 1982/01	Verfassungs- beschwerde	des Herrn A. V., Freiberg,
			gegen das Urteil des Bundessozialgerichts vom 11. September 2001 – B 2 U 32/00 R –
			betr.: Verletzung des Beschwerdeführers in seinen Grundrechten aus Artikel 103 Abs. 1 GG und Artikel 3 Abs. 1 und 3 GG durch die Entscheidung des Bundessozialgerichts, einen Verwaltungsakt der ehemaligen DDR, durch den die Gewährung einer Unfallrente versagt wurde, mit dem Hinweis darauf nicht aufzuheben, dass solche Verwaltungsakte nur aufgehoben werden können, wenn sie mit rechtsstaatlichen Grundsätzen oder mit den Regelungen des Einigungsvertrages unvereinbar seien